

Antrag

der Abgeordneten Dr. Dietmar Bartsch, Dr. Gregor Gysi, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Clara Bünger, Jörg Cezanne, Susanne Ferschl, Christian Görke, Ates Gürpınar, Dr. André Hahn, Susanne Hennig-Wellsow, Jan Korte, Ina Latendorf, Ralph Lenkert, Dr. Gesine Löttsch, Petra Pau, Sören Pellmann, Victor Perli, Heidi Reichinnek, Dr. Petra Sitte, Janine Wissler und der Gruppe Die Linke

Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland hätte unabsehbare Folgen für die Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in Europa. Die Behauptung einer so genannten Fähigkeitslücke als Begründung für eine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen ist nicht nachvollziehbar. Die Stationierung von Mittelstreckenwaffen würde das strategische Gleichgewicht zwischen den USA und Russland nachhaltig verändern. Die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland steht in keinem direkten Zusammenhang mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Die Mittelstreckenwaffen sollen Teil der Multi-Domain Task Force der U. S. Army im hessischen Wiesbaden werden. Das MDTF-Konzept entstand lange vor dem Ende des Washingtoner Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag), welchen die US-Regierung im August 2019 kündigte.

Im Gegensatz zum so genannten NATO-Doppelbeschluss des Jahres 1979 enthält die bilaterale Erklärung der Bundesregierung und der US-Regierung am Rande des Washingtoner NATO-Gipfels im Juli über die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland kein Dialogangebot an die Regierung der Russischen Föderation. Damit eröffnet die ohne öffentliche Debatte geführte Entscheidung der Bundesregierung den Weg in eine Aufrüstungsspirale, welche die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht erhöht, sondern erheblich gefährdet – ohne die Möglichkeit, mit neuen Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Rüstungsbegrenzungsverträgen oder Moratorien eine solche Aufrüstungsspirale zu verhindern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. analog zur Bundestagsdebatte über die Drucksache 10/620 („Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen“) dem Bundestag einen Antrag vorzulegen und die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen im Bundestag zu debattieren;

2. das bilaterale Abkommen mit den USA über die Stationierung von Raketen mittlerer Reichweite in Deutschland zu annullieren;
3. die US-Regierung aufzufordern, das 56th Artillery Command aus Wiesbaden aufzulösen oder abzuziehen;
4. das ihr Mögliche zu tun, allen Regierungen von Staaten, welche Mittelstreckenwaffen besitzen, ein Forum für Gespräche über einen globalen Nachfolgevertrag des Washingtoner Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme anzubieten.

Berlin, den 16. August 2024

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Gruppe